Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Leipzig 21366. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 302. Dienstag, 28. Dezember 1920, abends. 73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen zu den Stadtverordnetenwahlen.

Gemäß § 14 des Ortsgesetzes der Stadt Riesa, über die Wahlen von Stadtverordneten, vom 20. Dezember 1918 / 20. Dezember 1920 fordere ich hiermit zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Stadtverordnetenwahl auf.

Die Wahl findet am 30. Januar 1921 statt.

Die Zahl der Stadtverordneten beträgt 20.

Die Wahlvorschläge sind spätestens am 21. Tag vor dem Wahltag, also **spätestens am 9. Januar 1921 einzureichen.**

Die Verbindung von Wahlvorschlägen muß **spätestens am 7. Tag vor dem Wahltag, also spätestens am 23. Januar 1921**, beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden.

Zu **Beisitzern des Wahlausschusses** für dieselben Wahlen sind **ernannt worden** die Herren:

1. Gewerkschaftssekretär **Felix Schönfuß,**
2. Bankdirektor **Romberg,**
3. Rechtsanwalt **Dr. Fröde,**
4. Bäckermeister **Röhrborn,**

sämtlich in Riesa.

Es wird gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die **Stimmzettel für die Stadtverordnetenwahlen** von weißem Papier sein müssen und mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein dürfen; sie sollen 12 zu 20 cm groß sein (§ 28 Abs. 5 des hiesigen Ortsgesetzes vom 20. 12. 1918).

Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt gemäß § 28 Abs. 1 des Ortsgesetzes ohne Umschläge. Im Wahlraum dürfen Stimmzettel weder aufgelegt noch verteilt werden.

Im übrigen wird auf die nachstehend abgedruckten Bestimmungen des genannten Ortsgesetzes verwiesen.

Der Wahlkommissar für die Stadtverordnetenwahlen zu Riesa, am 28. Dezember 1920.

Kern, Stadtrat.

Anhang.

§ 12. Bei dem Wahlkommissar sind spätestens 21 Tage vor dem Wahltage Wahlvorschläge einzureichen, die von mindestens 50 stimmberechtigten Personen unterzeichnet sein müssen.

Sie dürfen nicht mehr Namen enthalten als Stadtverordnete zu wählen sind.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen.

Kein Bewerber darf in mehreren Vorschlägen zugleich oder in einem Vorschlage mehrfach aufgeführt sein.

§ 13. Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden.

Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 7. Tage vor dem Wahltage beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden.

Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden.

Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein einheitlicher Wahlvorschlag.

§ 14. Spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag hat der Wahlkommissar zur Einreichung von Wahlvorschlägen durch ortsübliche Bekanntmachung aufzufordern.

In der Bekanntmachung sind die Tage zu bezeichnen, an denen spätestens die Wahlvorschläge einzureichen und die Verbindungen von Wahlvorschlägen zu erklären sind.

Die Bekanntmachung soll die wesentlichsten Vorschriften über Beschaffenheit und Inhalt der Wahlvorschläge wiedergeben. Möglichst gleichzeitig, spätestens vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge sind die Namen der Beisitzer des Wahlausschusses öffentlich bekannt zu machen.

Wahlvorschläge können auch vor der öffentlichen Aufforderung eingereicht werden.

§ 15. In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

§ 16. Der Name des Bewerbers, der in dem Wahlvorschlag an erster Stelle genannt ist, dient zur Bezeichnung des Wahlvorschlags.

§ 17. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes sowie ihrer Wohnung oder ihrer Geschäftsräume beifügen.

Sie sind auf Verlangen des Wahlkommissars verpflichtet, eine Bescheinigung des Stadtrats vorzulegen, daß sie in die Wählerlisten aufgenommen sind.

Der Stadtrat hat derartige Bescheinigungen auf Antrag unverzüglich gebührenfrei auszustellen.

§ 18. In jedem Wahlvorschlage soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und dem Wahlausschuß, zur Rücknahme des Wahlvorschlages, sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungserklärungen (vgl. § 13) bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmannes bezeichnet werden.

Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines Wahlvorschlags schriftlich, daß der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmannes, sobald die Erklärung dem Wahlkommissar zugeht.

§ 19. Der Wahlkommissar hat die Vertrauensmänner unverzüglich zur Beseitigung von Mängeln der eingereichten Wahlvorschläge aufzufordern.

Die Mängel der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen können nur bis zum 7. Tage vor dem Wahltag beseitigt werden. Innerhalb derselben Frist müssen Bewerber, die auf mehreren Wahlvorschlägen benannt sind, dem Wahlkommissar erklären, für welchen Wahlvorschlag sie sich entscheiden. (vgl. § 12 letzter Absatz.)

Der Wahlkommissar soll darauf hinwirken, daß nicht dieselben Unterschriften unter mehreren Wahlvorschlägen stehen.

§ 20. Bewerber, gegen deren Wählbarkeit der Wahlkommissar Bedenken erhebt, können innerhalb der Frist des § 19 Abs. 2 durch andere ersetzt werden, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlags einen entsprechenden Antrag schriftlich stellt.

In gleicher Weise kann die Zahl der Bewerber bis zur ortsgesetzlichen Höchstzahl (§ 12 Abs. 2) nachträglich ergänzt werden.

§ 21. Kein Wahlvorschlag darf mehr als einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen angehören.

Sind Erklärungen abgegeben worden, nach denen ein Wahlvorschlag verschiedenen Gruppen angehören soll, so hat der Wahlkommissar durch eine Verhandlung mit den Vertrauensmännern auf eine vorschriftsmäßige Verbindung der Wahlvorschläge hinzuwirken.

§ 22. Der Wahlausschuß entscheidet unverzüglich nach Ablauf der Frist für die Beseitigung von Mängeln (§ 19 Abs. 2) in öffentlicher Sitzung über die Zulassung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen.

§ 23. In den Wahlvorschlägen werden die Namen der Bewerber gestrichen, deren Persönlichkeit nicht feststeht, deren Zustimmungserklärung fehlt, die nachgewiesenermaßen nicht wählbar sind oder die auf verschiedenen Wahlvorschlägen benannt sind.

Bewerber, die auf demselben Wahlvorschlage mehrmals benannt sind, gelten als nur einmal vorgeschlagen.

Bleiben danach auf einem Wahlvorschlage mehr Namen stehen, als zulässig sind, so werden die Namen gestrichen, die in der Reihenfolge der Benennungen der ortsgesetzlich zugelassenen Zahl nachfolgen.

§ 24. Nicht zuzulassen sind Wahlvorschläge oder Verbindungen von solchen, die verspätet eingereicht bezw. erklärt sind oder den übrigen Vorschriften in § 12 Abs. 1 und § 13 Abs. 2 nicht entsprechen.

Kommt bei der Verhandlung nach § 21 Abs. 2 eine Einigung nicht zustande, so sind sämtliche Verbindungen des betreffenden Wahlvorschlages nicht zuzulassen.

§ 25. Werden Namen auf Wahlvorschlägen gestrichen, oder Wahlvorschläge oder Verbindungen von solchen nicht zugelassen, so ist hiervon dem Vertrauensmann unter Beifügung von Gründen Mitteilung zu machen.

§ 26. Der Wahlausschuß hat sämtliche zugelassenen Wahlvorschläge in der Form, in der sie zugelassen werden, aber unter Weglassung der Namen der Unterzeichner und Vertrauensmänner spätestens am 5. Tage vor dem Wahltage in ortsüblicher Weise bekanntzumachen.

Hierbei ist zugleich anzugeben, welche Wahlvorschläge miteinander verbunden sind.

Nach der öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge können diese nicht mehr zurückgenommen und ihre Verbindung kann nicht mehr aufgehoben werden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Trauerfeier für Karl Legien soll am nächsten Freitag 10 Uhr vormittags im Gewerkschaftshause stattfinden. Die Gedächtnisrede wird Rudolph Wissel halten. Nachmittags erfolgt die Beisetzung in Friedrichsfelde. Der sozialdemokratische Parteivorstand richtete an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes folgende Kundgebung: Legiens Tod bedeutet einen gleichschweren Verlust für Euch wie für uns. Die Einheit der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung fand in ihm ihre stärkste Verkörperung. Partei und Gewerkschaft, die so oft gemeinsame Erfolge erstritten, sind heute vereint in Trauer um den unersetzlichen Führer. Das stolze Werk aber, das er als erster mitgeschaffen, die große gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse möge allen Stürmen trotzen.

Erzberger bringt sich in Erinnerung. Im Organ der bayerischen Christlich-Sozialen Partei „Das neue Volk" schreibt Erzberger: „Soeben lese ich die Notiz in Ihrem Blatte über meinen kürzlichen Aufenthalt in München usw. Alle diese Behauptungen sind ein frecher Schwindel. Seit mehr als sechs Monaten war ich nicht mehr in München. Das Ministerium Kahr suche ich nicht zu stürzen. Seine Illusionspolitik in der Entwaffnungsfrage stürzt es selber, reißt wahrscheinlich auch das ganze deutsche Volk in schwerstes Unglück. Wie viele diplomatische Niederlagen hat sich unsere Regierung in dieser Frage geholt und wird sie sich noch holen, bis sie nachgibt oder das Ruhrgebiet verliert. Nach der Rückkehr in den Reichsdienst sehne ich mich nicht, da ich kein Esel bin. Jetzt haben andere Männer Gelegenheit, zu zeigen, daß sie es besser machen können.

Die Entwaffnung der Einwohnerwehren. Die Pariser Botschafterkonferenz hat sich gestern mit der Note der deutschen Regierung vom 22. Dezember befaßt, die sich auf die Entwaffnung der Einwohnerwehren bezieht. General Weygand und General Rollet wohnten der Sitzung bei. Wie der Temps meldet, einigte man sich nach kurzer Zeit dahin, daß die Entscheidung dieser Frage angesichts der Wichtigkeit den alliierten Regierungen überlassen werden müßte.

Die schwarze Schmach. Ein marokkanischer Soldat, der in Zweibrücken das Fenster einer Wohnung eingeschlagen und zwei Mädchen mit dem Seitengewehr bedroht hatte, wurde vom französischen Kriegsgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine verleumderische Behauptung. Wegen der in einer öffentlichen Versammlung im Februar ds. Js. aufgestellten verleumderischen Behauptung, die Minister des damaligen Reichskabinetts hätten sich ihr Gehalt in Gold auszahlen lassen, wurde der Rittergutsbesitzer Karl von Stünzner-Carde vom Landgericht Frankfurt a. d. Oder zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die französischen Bahnhöfe mit Kohlenzügen aus Deutschland verstopft. Wie die T. U. aus Berlin meldet, hat die belgische Regierung erklärt, weitere aus Deutschland in Erfüllung des Kohlenabkommens von Spa kommende Kohlensendungen nicht mehr annehmen zu können, da die französischen Bahnhöfe bereits jetzt mit Kohlenzügen derart verstopft seien, daß eine Weiterleitung neuer Sendungen unmöglich ist.

Die Beamten haben kein Streikrecht. Das Reichsverkehrsministerium hat vorgestern, wie die Berliner Abendblätter melden, unter Hinweis auf den Erlaß der Reichsregierung vom 17. d. Mts. sich an die Eisenbahndirektionen gewandt, um nochmals den klaren und festen Standpunkt der Regierung zur Frage des Beamtenstreiks mit allem Nachdruck zu vertreten. Der Reichsverkehrsminister betrachtet es als seine Aufgabe, eine gerechte und soweit es die Verhältnisse zulassen, befriedigende Lösung der Besoldungsfrage der Beamten zu erreichen, betont aber, daß das Streikverbot nicht etwa auf die gegenwärtige politische Zusammensetzung des Reichskabinetts zurückzuführen sei, daß vielmehr auch die frühere sozialistische Regierung in Verbindung mit der jetzt noch bestehenden preußischen Regierung den Beamten das Streikrecht abgesprochen habe. — In der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlicht die Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes in Sachsen einen Aufruf, in dem die vom Reichsverkehrsminister Groener veröffentlichte Erklärung der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung gegen das Streikrecht der Beamten als eine der schroffsten Provokationen bezeichnet wird, in denen sich die bürgerliche Reichsregierung seit ihrem Bestehen der Eisenbahnerschaft gegenüber sehr häufig geübt habe. Noch sei die Zeit nicht gekommen, darauf die einzig richtige Antwort zu geben. Sie werde aber kommen, wenn die Regierung ihre Vergewaltigungspolitik der Eisenbahnerschaft gegenüber weiter zu treiben versuche. An die Eisenbahner, Beamten und Arbeiter richtet die Bezirksleitung den dringenden Appell, sich nicht provozieren zu lassen und eiserne Solidarität zu üben.

Der drohende Eisenbahnerstreik. Eine Versammlung der Betriebsräte der Ortsgruppe Groß-Hamburg des Deutschen Eisenbahnerverbandes forderte den Hauptvorstand auf, bei weiterer Ablehnung der Regierung den schärfsten Kampf baldigst aufzunehmen. Sie erwarten die baldige Parole zur Arbeitsniederlegung. Durch das Streikverbot werde man sich nicht beirren, noch hindern lassen. — Die in der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten vereinigten Verbände haben sich in Bezug auf die Erhöhung des Teuerungszuschlages auf den Boden der Forderungen des Deutschen Beamtenbundes gestellt. Die Forderungen gehen dahin, Erhöhung des Teuerungszuschlages von 50 auf 75 Prozent. Festsetzung des Mindestteuerungszuschlages und zwar für die Ortsklasse A von 7000 Mark.

Streikbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenrevier. Die Verbände der im mitteldeutschen Braunkohlenrevier beschäftigten Bergleute, welche unlängst neue Lohnforderungen einreichten, beschlossen auf ihrer Tagung in Halle, bis zum 15. Januar ein Ultimatum zu stellen. Bleibt dieses ergebnislos, so soll der Generalstreik verkündet werden.

Blutige Zusammenstöße in Breslau. Auf dem Schloßplatz fand gestern nachmittag eine Arbeitslosenversammlung statt, die von der Kommunistischen Partei gegen den Willen der Gewerkschaften und des Erwerbslosenrates einberufen worden war. Nach Schluß der Versammlung bildeten die Teilnehmer einen Zug, um nach dem Rathaus zu ziehen, trotzdem der Polizeipräsident Umzüge verboten hatte. Die Menge griff die zum Schutze bereitstehende Polizei, die den Zug aufhalten wollte, an. Nachdem die Polizei Schreckschüsse abgegeben hatte, zerstreute sich die Menge. Durch zurückhallende Kugeln wurden einige Personen verwundet. Einer der Verletzten ist an den Folgen seines Kopfschusses inzwischen verstorben, zwei andere Leute sind schwer verletzt, darunter einer durch Brustschuß. Mehrere Beamte wurden durch Schläge und Steinwürfe, ein Pferd durch Messerstiche verletzt. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Der Freispruch der Marburger Studenten rechtskräftig. Der Freispruch gegen die Angehörigen des Marburger Studentenkorps, die unlängst wegen Totschlags und Mißbrauchs der Waffe vor dem Schwurgericht in Kassel standen, ist rechtskräftig geworden. Nach eingehender Beratung zwischen dem Generalstaatsanwalt und der Oberstaatsanwaltschaft hat die Anklagebehörde auf Revision verzichtet.

Deutschfreundliche Kundgebungen elsässischer Rekruten. Wie die „Elsaß-Lothringischen Nachrichten" aus Mülhausen erfahren, haben im Sundgau deutschfreundliche Kundgebungen der elsässischen Re-

[illegible] stattgefunden. Als die Rekruten sich in Mülhausen zum gemeinsamen Rücktransport aus dem Urlaub sammelten, zogen Hunderte, die Wacht am Rhein singend, zum Bahnhof. Elsässische Blätter berichten, daß die französischen Militärbehörden eine Anzahl dieser Rekruten wegen antifranzösischer Kundgebungen disziplinarisch bestraft haben.

Der neue Vertrag mit Amerika. Wie der „Chicago Tribune“ aus Tokio gemeldet wird, sagte der japanische Minister des Aeußeren in einer an das Parlament gerichteten Mitteilung, er glaube, daß der neue Vertrag, der demnächst mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen werden soll, das kalifornische Gesetz über den Landerwerb abschaffen wolle.

Luftschiff „Z 120“ in Rom eingetroffen. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist das zweite für Italien bestimmte Luftschiff „Z 120“, das am 24. ds. Mts. mittag von Staaken abgefahren war, am 1. Weihnachtstage mittags glatt in Rom eingetroffen.

Die von Deutschland abgelieferten Geschütze. Aus Paris wird gemeldet: Der Kriegsminister Raiberti machte genauere Angaben über die Zahl der bisher von Deutschland abgelieferten Geschütze. 30495 wurden der interalliierten Kontrollkommission übergeben, 7600 beim Waffenstillstand übergeben und 3000 bis 4000 im Verlauf der Ablieferung ausgeliefert. Im ganzen wurden also 41000 bis 42000 Geschütze abgeliefert oder werden demnächst abgeliefert sein.

Reichspräsident Ebert äußerte sich über die Lage in Deutschland zu einem Vertreter der Internationalen Messe von Frankfurt a. M. laut „Berliner Morgenpost“: Not tut vor allem Optimismus der Tat und des Willens. Es wäre falsch, die Fortschritte der vergangenen Jahre verkennen und zu leugnen, daß mit Wiederkehr der Ruhe auch die Aussichten für Handel und Gewerbe sich gebessert haben. Kommt Deutschland über den Winter hinweg, den kritischsten seit Menschengedenken, so kann es an seine große friedliche Aufgabe herangehen, ein Veredelungsland zu sein, dessen geistige und wirtschaftliche Erzeugnisse in der ganzen Welt ihre alte Geltung wiedergewinnen werden.

Große Mengen Butter verdorben. Die „L. N. N.“ melden: Ein Berliner Korrespondenzbüro berichtet: Vor einigen Monaten kaufte die Reichsfettstelle im Auslande, in Holland und Dänemark, große Mengen von Butter zum Preise von 32—34 Mark ein. Etwa 100000 Zentner Butter wurden nach Leipzig in die dortigen Kühlhäuser gebracht. Beim Einkauf der Butter bediente sich die Reichsfettstelle nicht der Fachleute, sondern ließ zum Teil durch ausländische Mittelspersonen die Einkäufe vornehmen. Inzwischen hat sich die Zwangsbewirtschaftung der Butter in Deutschland so gelockert, daß kaum noch 15 Prozent der abzuliefernden Mengen von der Fettstelle erfaßt werden können. Berlin hat beispielsweise seit Monaten überhaupt keine frische Inlandsbutter mehr erhalten. Die Reichsfettstelle wollte nun von ihren Vorräten in Leipzig Ware nach Berlin bringen, um sie hier auf Karten zu verteilen. Beim Oeffnen der Fässer entdeckte man jedoch, daß die Lagerbutter handhoch mit Schimmel bedeckt und die Ware verdorben war. Die Buttergroßhändler, die die Verteilung an den Kleinhandel leiten, weigerten sich, derart verdorbene Butter abzunehmen. Die Reichsfettstelle entschloß sich nun, die Ware mit Verlust abzugeben und bot die Butter den Großhändlern zum Preise von 32 Mark an. Die Fachleute erklärten, nachdem Proben chemisch untersucht worden waren, daß man die obere Lage Butter in den Fässern, die mit Schimmel durchsetzt war, überhaupt nicht verwenden könne, und daß der Rest ausgewaschen und mit Maschinen ausgearbeitet werden müsse, wobei natürlich weitere Verluste entstehen. Die Bearbeitung der Butter würde etwa 4 Mark pro Pfund ausmachen. Bei einer Gesamtmenge von 100000 Zentnern würden sich die Kosten auf 30—40 Millionen Mark belaufen. Die Großhändler fordern daher eine Verbilligung des Angebots.

Schweiz.

Streik im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe. Infolge von Lohnstreitigkeiten ist im schweizerischen Buchdruck- und Zeitungsgewerbe der Streik ausgebrochen. Die Arbeit wurde in Bern und St. Gallen völlig, in Genf teilweise eingestellt. In den übrigen Städten der Schweiz erscheinen die Zeitungen noch.

Italien.

Die Einkreisung Fiumes. Der Feldzug gegen Fiume wurde kriegsmäßig eröffnet. Fiume ist bereits bis auf die erste Häusergrenze umzingelt. Die Regierungstruppen sind bereits in die Vororte Fiumes eingedrungen und werden von der Bevölkerung als Befreier begrüßt. d'Annunzio ließ alle Brücken sprengen. Das Gaswerk wurde von den Regierungstruppen besetzt.

Frankreich.

Der Sozialistenkongreß in Tours lehnte den Antrag ab, die Entscheidung über den Anschluß an die 3. Internationale einstweilen aufzuschieben. Als erster Redner sprach Sembat, der sich gegen den Anschluß erklärte.

Portugal.

Bombenattentat. Wie aus Lissabon gemeldet wird, wurde dort ein Bombenattentat auf den Ministerpräsidenten und eine Anzahl politischer Persönlichkeiten verübt. Verletzt wurde niemand.

Rußland.

Der achte allrussische Kongreß. Bei Eröffnung des 8. allrussischen Kongresses der Arbeiterräte sprach sich Kalinin in der Eröffnungsansprache über die internationale Lage Sowjet-Rußlands aus, die sich durch die Siege so gebessert habe, daß die westeuropäischen Regierungen mit Rußland Beziehungen anzuknüpfen suchten. Die innere Lage habe sich ebenfalls gebessert. Vor der Sowjetregierung ständen gewaltige Aufgaben. Die Wirtschaft des Landes müsse geregelt werden. Gleichzeitig müßten die Interessen der kleinen Bauernwirtschaft gewahrt werden. Auf Vorschlag der kommunistischen Fraktion wurde das Präsidium einstimmig gewählt. Der Kongreß beschloß, einen Gruß an die Rote Armee, an das französische Proletariat und an die Sowjet-Republiken abzuschicken, die in die Räteföderation aufgehen. Darauf erstattete Lenin den Bericht über die internationale Lage Sowjetrußlands und führte u. a. aus: Wir wissen alle, wie die polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten unter dem Drängen der Kapitalisten Westeuropas uns den Krieg aufgezwungen haben. Zur Zeit hat der Krieg sein Ende gefunden. Der Vorfrieden mit Polen ist unterschrieben. Die Zahl der Reiche, die mit uns Frieden geschlossen haben, wächst andauernd. Man kann sagen, daß der endgültige Friede mit Polen in der nächsten Zeit bestimmt abgeschlossen wird. Unsere zeitweiligen Niederlagen im Kriege mit Polen rührten daher, daß wir gezwungen waren, mit Wrangel zu kämpfen, der von Frankreich anerkannt war und von den westlichen Regierungen unerhörte Unterstützungen erhielt. Wir können uns jetzt mit vollem Bewußtsein an das Werk des wirtschaftlichen Aufbaues machen. Wir müssen jedoch immer auf der Hut sein. Die Kriegsbereitschaft müssen wir auf jeden Fall bewahren, um uns vor Ueberfallsmöglichkeiten zu sichern. Wir müssen die Kriegstüchtigkeit des Landes heben. Unsere Friedensbereitschaft hat man früher als Schwäche ausgelegt. — Aus Helsingfors wird geschrieben: Man meldet der „Rust. Union“ aus Moskau, daß der linke Flügel des allrussischen Sowjetkongresses, geführt von Radek und Bucharin, große Unzufriedenheit bezüglich der Haltung der Sowjet-Regierung in der Frage der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Westen geäußert habe. Die Anhänger von Radek und Bucharin protestieren energisch gegen das Projekt der Konzessionen gegenüber den fremden Kapitalisten und erklären, daß sie nicht dulden würden, daß die Bourgeoisie des Westens Sowjet-Rußland ausplündere. Sowjet-Rußland, das drei Jahre lang durchgehalten habe, werde die notwendigen Kräfte finden, um die Bourgeoisie der ganzen Welt niederzuschlagen. Andererseits hat sich im Schoße des Kongresses eine Gruppe gemäßigter Kommunisten gebildet, an deren Spitze der Präsident des Wirtschaftsrates Rykow und der Kommissar Schljapnikow stehen. Diese Gruppe kritisiert lebhaft die Uebertreibung des Sowjetsystems, welches die produktive Arbeit durch eine unproduktive Armee von Bürokraten ersetzt habe.

Amerika.

Die amerikanische Wirtschaftskrise. „Politiken“ meldet aus Newyork: Infolge des hohen Dollarkurses erleidet der amerikanische Handel täglich enorme Verluste. Große Lager liegen ohne jede Möglichkeit des Absatzes da. Zahlreiche Firmen sind nicht imstande, die Krise zu überwinden. Die Arbeitslöhne sinken ständig und die Produktion wird langsam eingeschränkt. Das Handelsabkommen Vanderlips mit Rußland wird erst im Februar in Kraft treten, doch hat Japan bereits in Washington gegen das Auftreten der Amerikaner in Ostsibirien Protest erhoben.

Einfuhrverbot für fremde Schiffe. Ein von einem amerikanischen Senator eingebrachter Gesetzentwurf will allen fremden Schiffen die Einfahrt in Häfen der Union ohne besondere Erlaubnis des Navigationsrates verbieten.

Japan.

Erhöhung der Ausgaben für Heer und Marine. Nach einer Reutermeldung aus Tokio sagte der japanische Finanzminister vor dem Finanzausschusse der Kammer: Unser Interesse ist darauf gerichtet, die nationalen Kräfte zu vermehren. Der Budgetvoranschlag sieht eine Erhöhung der Ausgaben für das Heer um 50, für die Marine um 125 und für die Verkehrsmittel um 52 Millionen vor.

Südafrika.

Südafrikanische Bolschewisten. Daß die Meldungen über die Ausbreitung des bolschewistischen Geistes unter den Schwarzen Südafrikas ihre Berechtigung haben, beweisen Berichte aus Port Elisabeth in Natal, die im neuesten Heft der „Berliner Missionsberichte“ mitgeteilt werden. Dort hat sich eine neue Organisation von Schwarzen und Mischlingen „Industrial and Commercial Amalgamated Coloured and Native Workers Union“ gebildet, eine Art Gewerkschaft, die unter Führung eines Mannes namens Masabalala steht. Diese Vereinigung fordert ungeheuer hohe Löhne, für den farbigen Arbeiter täglich 10½ Schilling, für die Arbeiterin 7½ Schilling. Arbeiter, die sich nicht anschließen wollten, wurden tätlich bedroht, und selbst die anerkannten Führer der Eingeborenen, die sich der extremen Bewegung nicht anschließen wollten, verloren ihre Macht. So wurde der Eingeborenenführer Dr. Rabusana von seinen früheren Anhängern abgesetzt. Als die Unruhe wuchs, nahm die Polizei Masabalala gefangen. Ungeheure Haufen schwarzer Arbeiter suchten ihn gewaltsam zu befreien, während aus der weißen Bevölkerung zahlreiche Freiwillige die Polizei unterstützten. Bei den Zusammenstößen kam es zu heftigen Kämpfen, sodaß in den dichten Menschenmassen ein schlimmes Blutbad angerichtet wurde. Nur mit einem Aufgebot starker Kräfte von auswärts gelang es, weitere schwere Ausschreitungen zu verhüten. „Greift dieser Geist weiter,“ so heißt es zum Schluß in dem Bericht, „und werden aufrührerische Unternehmungen künftig besser vorbereitet und geleitet, so kann es bei der ungeheuren Ueberzahl der eingeborenen Bevölkerung ernste Zeiten in Südafrika geben. Begreiflicherweise bringt eine solche Erregung ein verschärftes Rassenempfinden und auch Angriffe der Tagespresse auf die Mission hervor. Andererseits mehren solche Erlebnisse die Bedenken gegen unweise, zur Frühreife und zu unberechtigten Ansprüchen verleitende Eingeborenenerziehung und die Wertschätzung derjenigen Missionen, die auf ernste Zucht in ihren Gemeinden halten.“

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 28. Dezember 1920.

—* **Beihilfe für Rentenempfänger aus der Invalidenversicherung.** Laut Reichsgesetz erhalten alle Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung, die am 1. Januar 1921 neben ihrer Rente eine Zulage beziehen, von diesem Zeitpunkte ab eine außerordentliche Beihilfe und zwar Empfänger einer Invalidenrente, Altersrente, Krankenrente, Witwenrente, Witwenkrankenrente, monatlich vierzig Mark, Empfänger einer Waisenrente monatlich zwanzig Mark außer den bisherigen Bezügen. Besondere Beihilfequittungen sind nicht erforderlich. Die Verrechnung erfolgt gemeinsam mit Rente und Zulage. Beispiel: 89.50 M. = 19.50 M. Rente, 30.— M. Zulage, 40.— M. Beihilfe.

—* **Zu dem Ueberfall auf einen Reisenden** in einem Eisenbahnabteil, der am Heiligen Abend auf der Strecke zwischen Dornreichenbach und Dahlen erfolgte und über den wir in der gestrigen Nummer berichteten, teilt das „Wurzener Tagebl.“ noch mit, daß der Ueberfallene ein Herr Johann Seidler aus Leipzig, Turnerstraße 21, ist. Seine Verletzungen sind nicht lebensgefährlich. Er hat später noch angegeben, daß er in dem Abteil, in dem zunächst eine Frau und zwei Männer sich befunden hätten, eingeschlafen gewesen sei. Beim Erwachen habe der eine ihn um Feuer gebeten, worauf unmittelbar der Ueberfall erfolgt sei. Er habe sich beim Hinauswurfe noch am Trittbrett anhalten können, wodurch der Fall etwas gemildert worden sei.

—* **Verein für Volksbildung.** Die Chemiekurse (Oberstudienrat Börner) fallen während der Ferien aus. Wiederbeginn wird bekannt gegeben.

—* **Der Hohneujahrstag kein staatlicher Feiertag.** Aus der sächsischen Staatskanzlei wird mitgeteilt: Am 17. Dezember hat der Landtag dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf zugestimmt, wonach der Hohneujahrstag und der Frühjahrsbußtag als staatliche Feiertage in Wegfall kommen. Da das Gesetz mit seiner Verkündung, die in den nächsten Tagen zu erwarten ist, in Kraft tritt, wird bereits der 6. Januar 1921 kein staatlicher Feiertag mehr sein.

—* **Minister Schwarz reist nach Holland und Belgien.** Die „Dresdner Volkszeitung“ meldet: Wirtschaftsminister Schwarz wird nächste Woche nach Holland und Belgien reisen, um die wirtschaftlichen Beziehungen Sachsens mit diesen Ländern fester zu knüpfen und zu versuchen, die Belebung der Industrie Sachsens mittels ausländischer Aufträge, eventuell auch aus anderen Ländern, zu erreichen. Ministerialdirektor Dr. Klien wird wahrscheinlich von seiner Reise nach Belgrad, die demselben Zwecke diente, nächste Woche zurückkommen.

— **Wo steckt Hofrat Rosenthal?** Nachdem bereits das Signalement des seit elf Tagen flüchtigen Hofrats Rosenthal überallhin durch Telegraph und Fernsprecher verbreitet worden ist, wurde nunmehr auch der übliche Steckbrief erlassen. Daraus geht hervor, daß der Sächsische Hofrat Fritz Rosenthal am 20. Oktober 1878 zu Dresden geboren ist. Der Haftbefehl ist vom Landgericht Dresden bereits unter dem 20. Dezember ausgestellt worden. Als Grund wird Preistreiberei angeführt.

—* **Inhaber von Eisenbahn-Monatsnebenkarten** werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Bescheinigungen über die Haushaltsangehörigkeit am 1. Januar 1921 zu erneuern sind. Um die Abfertigung an den Bahnsteigsperren zu beschleunigen, empfiehlt es sich, Monatskarten, Monatsnebenkarten und Wochenkarten nur unverhüllt oder in solchen Hüllen vorzuzeigen, bei denen die

---

Heimatsglück.

Roman von Ludwig Rohmann. 14

Auf seinem kleinen Gute, das in musterhafter Ordnung gehalten wurde, hauste er allein mit ein paar Knechten und Mägden und sein Fleiß und seine Umsicht halfen ihm zu einem guten Auskommen.

Die Josupeits waren harmlose Leute; fleißig, anspruchslos und alle ein bißchen dumm. Namentlich Frau Josupeit war dafür bekannt, daß alles, was über die Küche und die Milchwirtschaft hinausging, in ihrem Kopf nicht Platz hatte, die Küche und die Milchwirtschaft verstand sie aber auch gründlich. Josupeit selbst war ein einfacher Mann, ein Landwirt vom alten Schlag, der in Arbeit und Mühe aufging und recht zufrieden war, wenn er sich mit schmerzenden Knochen früh Abends zu Bett legte, um sofort einzuschlafen, den die junge Sonne fröhlich und schlechtes Wetter nicht mutlos machte. Die beiden Töchter hatten den Fleiß der Eltern und die Beschränktheit der Mutter geerbt. Die letztere Eigenschaft wurde indessen durch eine kraftvolle Jugend und ihre unbezweifelbare Tüchtigkeit so sehr gemildert, daß die Aelteste bereits einen Freier gefunden hatte, die Jüngste lebhaft umworben war.

Als letzte kamen Jaroschins aus Groß-Jemlitz. Der Vater, ein angehender Fünfziger; hühnenhaft, ein wenig schwerfällig bei erheblicher Leibesfülle, mit einem gewaltigen Kopf, der selbst für die Maße eines Riesen etwas zu groß war. Die Tochter zwanzigjährig, hochgeschossen, blond und in der Frische urgesunder Jugendfülle auch leiblich hübsch; aber doch stark verbauert und trotz der zwei Jahre Pensionserziehung ungeschickt und ungelenk. Wirklich beliebt waren die Jaroschins eigentlich nirgends. Jaroschin galt überall als brutaler Vorteilsmensch, der es „vom Toten und Lebendigen“ nahm, wie der Volksmund sagte.

Es war sein Stolz, daß er an Reichtum und Besitz nur noch von den Prochnows auf Dambitzen übertroffen wurde, und sein Ehrgeiz hatte nur das eine Ziel: über die Prochnows noch hinaus zu wachsen. War der alte Prochnow erst einmal tot, dann mußte es auch auf Dambitzen bergab gehen. Weiberwirtschaft taugte nach Jaroschins fester Ueberzeugung überhaupt nichts, und die Martha Prochnow war zu allem eher als zur Gutsfrau geschaffen. So stand zu hoffen, daß die Inspektoren das aufsichtslose Gut schnell in Grund und Boden wirtschaften würden, wenn nicht etwa die Martha daran dachte, das ganze Besitztum schleunigst zu verkaufen. Und auch für diesen Fall stand Jaroschin mit all seiner Verschlagenheit auf der Lauer!

Trotz der wenig freundlichen Gesinnungen, die man Jaroschin entgegenbrachte, hielt man überall gute Freundschaft mit ihm. Der Respekt vor dem Besitz gleicht auf dem Lande mehr noch als in der Stadt vieles aus. Außerdem: Jaroschin war als Feind entschieden unbequem und auch gefährlich.

Die ganze Familie Wannoff und die bereits erschienenen Gäste traten unter die Tür und auf den Hof hinaus, als Jaroschins im eleganten Jagdwagen vorfuhren.

„Schön guten Tag auch!“ rief Jaroschin, ehe noch der Wagen hielt. Und während er sich dann mühsam heraushalf, hingen seine Augen an dem Hausherrn, der sich auf zwei Stöcke stützte. „Rittmeisterchen, altes Flick, wie siehst denn Du aus? Als wärst Du von den Toten auferstanden! Na, schön guten Tag. Und das ist ja wohl der junge Herr, der Herr Doktor und sonst noch was! I Du mein, wenn ich noch dran denk, wie das so über'n Hof lief, nicht größer als so — und ist nun ein großer Mann, daß man beinahe Respekt haben könnt!“

„Beinah is jut!“ brummte Pöplau. Wirklich Respekt hat der große Jaroschin nur vor sich selbst.

Jaroschin streckte Ulrich mit großer Lebhaftigkeit die Hand entgegen: „Na, schön willkommen im alten Westpreußen. Ich freue mich, wie ein Kind, wahrhaftigen Gott, das tu ich! Habe ich nicht immer gesagt, Wanda: „Ich freue mich bloß, wenn der Ulrich wieder da ist!“ Das wird dann doch wieder ein bißchen Leben werden auf Wonneberg.“

Wanda, die flink herausgesprungen war und hinter ihrem Vater stand, sah einen Augenblick verwundert auf, aber dann nickte sie gelassen: „Ja, Vater, das hast Du gesagt.“

„Na also, da hörst Du es. Und nun mußt Du auch bald mal zu uns kommen. Du, ich habe jetzt ein Weinchen im Keller, ein Weinchen, sag ich Dir! Billig gekauft, aber —“ er schnalzte mit der Zunge, „großartig!“

„Natürlich. Wenn der Jaroschin was kauft, muß es billig sein, wenn er es schon nicht umsonst haben kann!“ ließ sich Pöplau zum andern Mal vernehmen.

Nun ließ sich der Einwurf wohl nicht mehr überhören, zumal Josupeit ihn mit einem lauten behaglichen Lachen quittiert hatte. Jaroschin tat also, als sehe er den Alten erst jetzt und er lachte selbst laut und scheinbar höchstlich amüsiert.

„I der Donner, Pöplau, bist Du auch da! Ist all so, daß er kaum krauchen kann, und macht immer noch seine Witze. Aber recht hast Du, was ich billig kaufen kann, nehm ich allemal. Billig und gut kaufen, das ist eine Kunst, die manch einer nie lernt.“ Dann wandte er sich zur Hausfrau: „Tag, Allergnädigste! Ist eine rechte Freude, wenn so'n Junge heimkommt, was? Sehn Sie, so gut wird mir es nicht, ich habe man bloß meine Wanda. Aber wer weiß auch noch! Groß-Jemlitz ist ein Happen, nach dem manch ein guter Karpfen schnappt. Er wandte sich wieder an Ulrich und schlug ihm klatschend auf die Schulter. „Wahrhaftiger Gott, Jungchen, das tun sie. Rechnen können sie alle. Aber wenn nicht was ganz Besonderes kommt, dann verrechnen sie sich doch, verlaß Dich drauf. Meine Wanda und Groß-Jemlitz sind man nicht bloß so zum Schlucken da.“ Und dann kniff er die Aeuglein zusammen, legte den Kopf schelmisch auf die Seite und lachte breit: „Ja, wenn so einer käm, wie Du, ich ließ weiß Gott mit mir reden!“

Der Hausherr fand es nun doch an der Zeit, der Redseligkeit des Nachbarn ein Ziel zu setzen.

„Ich denke, wir gehen nun doch hinein, das Stehen wird mir sauer, und in der Stube ist es auch besser als hier draußen in der heißen Sonne.“ 289,20

„Recht hast Du!“ rief Jaroschin lachend. „So eine Fahrt durch den heißen Mittag hat's in sich, weißt Du. Ich bin reinweg ausgetrocknet und freue mich ordentlich auf einen guten Tropfen!“ Dann erst fand er Zeit, Josupeit zu begrüßen. „Je, Josupeit, bist Du auch da! Tag auch! Und die Madam und die Fräulein Töchters! I, und so fein! Ist wohl gar ein Freier in der Nähe, was?“ Er lachte laut auf und bemerkte dabei mit Genugtuung, wie die Mädchen rot und verlegen wurden, und wie dem braven Josupeit die Röte ins Gesicht stieg. „Na, Spaß muß sein, weißt ja, sein ich es meine.“

Kartenränder deutlich sichtbar sind. Am Kartenrand befinden sich die Kontrollzeichen der Eisenbahnverwaltung. Wenn die Karten erst auf Aufforderung des Bahnsteigschaffners der Hülle entnommen werden müssen, entstehen unliebsame Verzögerungen. Ferner müssen die Monats- und Monatsnebenkarten außer mit dem Familiennamen noch mit dem vollen Vornamen unterschrieben werden. Der Anfangsbuchstabe des Vornamens genügt hierbei nicht. Wo Lichtbilder vorgeschrieben sind, ist die Unterschrift auf dem Lichtbild, und zwar auch bei Wochenkarten, anzubringen.

—* **Verkehr zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei.** Im Interesse des sächsischen Wirtschaftslebens schien es erwünscht, wenn möglichst bald wieder die Möglichkeit geschaffen würde, direkte Fahrkarten zwischen den wesentlichsten sächsischen und tschechoslowakischen Plätzen auszugeben. Das sächsische Wirtschaftsministerium ist hierfür mit der Eisenbahndirektion Dresden in Verbindung getreten. Diese hat mitgeteilt, daß für den Verkehr zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei sowie mit Oesterreich über die Tschechoslowakei je ein besonderer Personen- und Gepäcktarif in Vorbereitung ist. Es ist zu hoffen, daß mit der durchgehenden Abfertigung im Januar 1921 begonnen werden kann. Bis dahin ist eine vorläufige durchgehende Abfertigung zwischen Berlin, Dresden, Leipzig einerseits und Prag und Wien andererseits eingerichtet worden.

—* **Auflösung der Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums in Dresden.** Nachdem der Ausbau des Reichsverkehrsministeriums in Berlin nunmehr soweit fortgeschritten ist, daß alle zur ministeriellen Zuständigkeit gehörenden Angelegenheiten, die bisher noch nicht von den früheren obersten Eisenbahnbehörden der Länder wahrgenommen wurden, auf die Hauptstelle des Reichsverkehrsministeriums in Berlin übergehen, wird die Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums in Dresden, einer amtlichen Mitteilung zufolge, mit Ende 1920 aufgelöst. Die nicht dem Reichsverkehrsministerium vorbehaltenen Geschäfte werden vom 1. Januar 1921 von der Eisenbahngeneraldirektion Dresden und den ihr unterstellten Behörden und Dienststellen erledigt.

—* **Selbstgezeichnete Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen** der Kriegsanleihen des deutschen Reiches gelten im Sinne des § 4b des Gesetzes über das Reichsnotopfer als bis zum 31. Dezember 1920 herausgegeben, wenn der Antrag des Abgabepflichtigen auf Ausstellung der Bescheinigung über die Selbstzeichnung nachweislich vor dem 31. Dezember 1920 bei einer Bank, Sparkasse oder öffentlichen Zeichnungsstelle eingegangen ist. Für die selbstgezeichneten Schuldbuchforderungen der Kriegsanleihen des deutschen Reiches wird eine entsprechende Anweisung an die Reichsschuldenverwaltung ergehen. Dies hat praktisch zur Folge, daß der Zinsschein vom 1. Januar 1921 als noch zum Stücke gehörig betrachtet wird. Es wird also für diese Zeit keine Kapitalertragsteuer mehr abgezogen.

—* **Reichsnotopfer und Reichsschuldbuch.** Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Die Zahl der bei der Reichsschuldenverwaltung eingehenden Anträge auf Uebertragung von Schuldbuchforderungen auf das Konto der Reichskasse fürs Reichsnotopfer nimmt von Tag zu Tag zu. Eine sofortige Erledigung dieser vielen Anträge ist unmöglich. Die Antragsteller werden vielmehr vielfach wochenlang warten müssen, bis sie die für die Finanzkasse bestimmten Bescheinigungen erhalten. Auch Bestätigungen über den Eingang der Anträge können nur erteilt werden, wenn den Anträgen Briefumschläge oder Postkarten beigefügt sind, die mit Freimarke und vollständiger Adresse des Antragstellers versehen sind. Es empfiehlt sich, die Anträge unter Einschreiben einzusenden und den Postschein als Ausweis für die Antragstellung zu verwenden.

—* **Die Tschechen und die deutschen Elbschiffe.** Die Vereinbarung eines Wirtschaftsabkommens zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei hat die Differenz wegen der Elbschiffe nicht aus der Welt schaffen können. Die tschechische Regierung beruft sich für ihren Anspruch auf diese Fahrzeuge auf Bestimmungen des Friedensvertrages. Die Bezugnahme konnte offenbar nicht anerkannt werden, und die Prager Regierung scheint sich ihres Rechtes auch nicht unbedingt sicher zu fühlen, sonst hätte sie nicht der Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaft in Dresden ein Angebot auf Uebernahme der Schiffe dieses Unternehmens gemacht. Und zwar unter dem Versprechen, keine Tarifherabsetzung vorzunehmen, sondern in Verbindung mit der deutschen Schiffahrtsgesellschaft arbeiten zu wollen. Daraus sowohl wie aus andern sehr entgegenkommenden Einzelheiten des Angebots ist auf den lebhaften Wunsch der Tschechen nach dem Besitzrecht an den deutschen Elbschiffen zu schließen, was sich aus dem Verlangen erklären mag, die Tschecho-Slowakenflagge bis weit den Elbstrom hinunter zeigen und den dortigen Schiffahrtsverkehr großenteils ihr unterstellen zu können. Dem von der Entente ausbedungenen Recht, ihre Fragen auf Deutschlands Ströme zu senden, soll also ein tschecho-slowakisches Gegenstück erstehen. Daß man deutscherseits dem mit gemischten Gefühlen gegenübersteht, ist nur allzu begreiflich. Andererseits aber liegt es wohl nicht in der Absicht, einen offenen Konflikt mit dem Tschechenstaat sich entwickeln zu lassen, weil er einen für das wirtschaftliche Gedeihen Deutschlands belangreichen nachbarlichen Faktor darstellt, der zudem von seinem Willen zu regem Güteraustausch mit Deutschland in dem Wirtschaftsvertrag Zeugnis abgelegt hat. Eine Einigung über die Elbschiffsfrage dürfte sich schließlich herbeiführen lassen, denn ihr kommt keine überragende Bedeutung zu. Keinesfalls aber darf die tschechische Regierung aus einem deutschen Entgegenkommen Anlaß zu neuer Begehrlichkeit entnehmen.

— **Die Fahrräder müssen wieder beleuchtet werden!** Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern und der Finanzen vom 16. Dezember wird die Bestimmung in § 2 Punkt 3 der Verordnung über den Radfahrverkehr vom 16. Oktober 1907, wonach jedes Fahrrad während der Dunkelheit und bei starkem Nebel zu beleuchten ist, wieder in Kraft gesetzt. Diese Bestimmung war seit 5. Dezember 1916 wegen des damals herrschenden Mangels an Beleuchtungsmitteln in Wegfall gekommen.

Zittau. Im Kurort Oybin waren Bestrebungen im Gange, um die herangewachsenen Eschenbäume an mehreren öffentlichen Straßen zu beseitigen, weil die anliegenden Privatgrundstücke von ihnen beschattet und geschädigt würden. Der Landesverein sächsischer Heimatschutz hatte gegen das Fällen der Bäume Einspruch erhoben, denn gerade in einem Kurort und an landschaftlich bevorzugter Stätte sei es doppelt bedauerlich, wenn der grüne Schmuck des Ortsbildes wegfiele und die Straßen absichtlich kahl und schattenlos gemacht würden. Die Frage ist schließlich nach vielfachen Verhandlungen durch eine Urabstimmung der Bewohnerschaft mit 180 gegen 92 Stimmen im Sinne der weiteren Erhaltung der Straßenbäume entschieden worden, so daß künftige Besucher von Oybin dort weiter im Schatten wandeln können.

Kamenz. Die städtischen Körperschaften haben ferner den Ankauf des Rittergutes Straßgräbchen beschlossen. Der Kaufpreis beträgt reichlich eine Million Mark.

Mittweida. Von gutunterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß die Aufschließung des Mittweidaer Braunkohlenbeckens, das für die Chemnitzer Industrie sehr günstig liegt, im Interesse der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit mit allen Mitteln gefördert werden müsse. Die Mittweidaer Braunkohle sei zur Herstellung von Naßpreßsteinen ganz vorzüglich geeignet und die grobe Stückkohle für Haus- und Industriebrand gut zu verwenden.

Frankenau bei Mittweida. Eine Kohlengasvergiftung hätte beinahe das Leben eines hier wohnenden Hofbeamten mit der gesamten Familie gefordert. Dieselbe hatte vor dem Schlafengehen noch einmal den Hundeofen angeheizt und die Tür zum Schlafzimmer offen gelassen. Während der Nacht hatten sich nun durch die Ofenfeuerung derart starke Kohlengase entwickelt, daß die Schlafstube vollständig damit angefüllt wurde. Am Morgen fand man Mann, Frau und Kinder in tiefer Bewußtlosigkeit bezw. in sehr weit vorgeschrittenem Vergiftungszustand vor. Es bedurfte außergewöhnlicher ärztlicher Bemühungen, bis es gelang, die Familie ins Leben zurückzubringen, nachdem eigentlich schon alle Hoffnung aufgegeben war.

Klingenthal. Die Lohnbewegung in der Musikinstrumentenindustrie droht größeren Umfang anzunehmen. Der Schiedsspruch des Schlichungsausschusses vom Verbande Deutscher Harmonikafabrikanten wurde von der Gruppe Klingenthal nicht anerkannt, so daß mit der Arbeitseinstellung gerechnet werden muß.

St. Egidien. Durch ein Mißgeschick fiel in der Nähe des Gemeindeamtes der Wagen eines Fleischermeisters mit Mann und Maus und Schwein in den Dorfbach, sodaß sämtliche Insassen in den kühlen Fluten ein unfreiwilliges Bad nehmen mußten. Die ungewöhnliche Szene hatte viele Zuschauer angelockt, die zum Schaden noch den Spott hinzufügten.

Leipzig. Die städtischen Körperschaften haben beschlossen, die Aufwandsentschädigung für die Stadtverordneten und die unbesoldeten Ratsmitglieder vom 1. Januar 1921 ab zu erhöhen, und zwar sollen erhalten die Stadtverordneten je 1500 M. jährlich, der Stadtverordnetenvorsteher 2700 M. jährlich und die unbesoldeten Stadträte je 2400 M. jährlich. Die hierzu für das letzte Viertel des Haushaltplanjahres erforderlichen Mehraufwendungen in Höhe von 15050 M. wurden nachbewilligt. Ein Abzug von der Aufwandsentschädigung für die von den Stadtverordneten versäumten Ausschußsitzungen soll künftig nicht mehr erfolgen, dagegen soll der Abzug für versäumte Vollsitzungen bestehen bleiben.

Leipzig. Die Ratsvorlage für die Gründung einer städtischen Beamtenschule in Leipzig wurde von der Stadtverordnetensitzung abgelehnt. Der städtische Entwurf hatte einen dreijährigen Lehrgang vorgesehen. Da die Ablehnung nicht aus Abneigung gegen den Beamtenschulgedanken an sich, sondern nur aus gewissen pädagogischen und sozialen Gesichtspunkten erfolgte, so ist es wohl möglich, daß die Stadt mit einem neuen verbesserten Entwurf nochmals an die Stadtverordneten herantreten wird. Durch die Beamtenschule sollen die jungen Beamtenanwärter einheitlich für ihre Laufbahn vorgebildet werden, während sie bisher, aus den verschiedensten Berufen kommend, für die Einarbeitung in den Beamtendienst oft große Schwierigkeiten boten. Bemerkenswert war die Mitteilung des städtischen Personalchefs, wonach von 100 Anwärtern im letzten Jahre nur elf die Aufnahmeprüfung bestanden.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 28. Dezember 1920.

Meldungen aus Berliner Morgenblättern.

)(**Berlin.** Die **Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus** soll nicht bis spätestens 1924, sondern bis 1941 erhoben werden. Infolgedessen ist es möglich, die ursprünglich von 15 % des Nutzwertes der Gebäude berechnete Abgabe auf 5 % des Mietwertes nach dem Stande vom 1. Juli 1914 herabzusetzen und auch den Zuschlag der Gemeinden auf 5 % zu ermäßigen.

Da auf Beschluß der Reichsregierung den Beamten das Januargehalt schon am 15. Dezember ausgezahlt worden ist, besteht die Absicht, die **frühere Auszahlung der Gehälter** auch für die folgenden Monate anzuordnen. Dies würde im Wesen darauf hinauslaufen, daß im Jahr 1921 die Gehälter für 13 Monate gezahlt werden. Die Erwägungen hierüber sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Auf das Schreiben eines englischen Komitees an die polnischen Delegierten auf der Völkerbundsversammlung in Genf, in dem auf die **Verfolgungen und Bedrückungen der Juden in Polen** hingewiesen wurde, antworteten die beiden polnischen Delegierten mit einem ausführlichen Schreiben, das folgende Stellen enthält: „Die Unsicherheit wird nicht nur von der jüdischen Bevölkerung empfunden." — „Die wirtschaftlichen Bedingungen in Polen sind höchst beunruhigend. 40 % der diesjährigen Ernte sind von den eingedrungenen Feinden zerstört oder weggenommen worden. Die Nahrungsmittel sind knapp; die Hungersnot bedroht unsere Städte."

Bei der Hauptdirektion der polnischen Bergämter ist man riesenhaften Schiebungen auf die Spur gekommen. So sollen nicht nur die Maschinen der Salinen von Bochnia, sondern auch die Kohlengruben von Kaluß und Delatyn, ja sogar die noch unausgebeuteten Krakauer Kohlenbecken, die der galizische Landesausschuß vor dem Kriege für 25 Millionen gekauft hatte, verschoben worden sein. Es steht eine parlamentarische Untersuchung bevor.

Die **oberschlesischen Bergwerke** erhöhen mit Zustimmung der interalliierten Kommission vom 1. Januar ab die Kohlenpreise um 20 M. für die Tonne.

Eine neue Ententenote über die Einwohnerwehren.

* **Frankfurt a. Main.** In dem Notenwechsel zwischen Deutschland und der Entente, der sich mit der Frage der Einwohnerwehren nach den Vorschriften des Protokolls von Spa befaßt, hat sich ein neues Moment ergeben. Die Alliierten haben, wie der Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung" erfährt, in Berlin eine neue Note überreichen lassen, worin sie in sehr entschiedenem Tone die Entwaffnung und Auflösung der Sicherheitspolizei verlangen. Einiges Befremden erregt es, daß bei mehreren Stellen, die über diese Note unterrichtet sein müßten, darüber bis zur Stunde keinerlei positive Auskunft zu erlangen war.

Die Verhandlungen mit den Eisenbahnern.

* **Frankfurt a. Main.** Am kommenden Mittwoch werden nach einer Meldung des Berliner Vertreters der „Frankfurter Zeitung" die Verhandlungen zwischen der Verkehrsverwaltung und der Eisenbahnerorganisationen über die vor kurzem mitgeteilten Forderungen der vier großen Verbände beginnen. Die Verhandlungen werden für die beteiligten Verbände von einem aus 10 Vertretern gebildeten Ausschuß der Organisationen geführt werden.

Die bayerischen Einwohnerwehren.

* **München.** Der „Bayerische Kurier" bringt von besonderer Seite höchst bemerkenswerte Angaben über die Hauptargumente des Generals Nollet gegenüber den Einwohnerwehren. Frankreich fürchtet, so schreibt das Blatt, ihren politischen Charakter. Man will dies auf Grund von Nachrichten wissen. Diese bestehen aus Klatsch und Tratsch sowie böswilligen Verleumdungen von Seiten der sozialdemokratischen Gegner der Einwohnerwehren. Dann wird General Ludendorffs Niederlassung in Bayern immer wieder in Verbindung gebracht mit den Einwohnerwehren. Ludendorff lebt jedoch völlig zurückgezogen und fern von aller Politik in Bayern. Es würde ihm auch schlecht bekommen, wenn er die friedliche auf den Wiederaufbau gerichtete Politik Bayerns stören wollte. Die bayerischen Einwohnerwehren sind kein royalistisches Instrument und sie werden sich zu keinerlei Umsturz unserer verfassungsmäßigen Zustände hergeben. Wenn man das republikanische Staatswesen des wichtigsten Hilfsmittels zur Herstellung und Wahrung der Ordnung beraubt, dann kommt die bolschewistische Unordnung und nach ihr die Monarchie. Nicht die Einwohnerwehren führen zur Monarchie, sondern ihre Entwaffnung und Auflösung in einem Zeitpunkt, wo die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung noch auf ihrem Bestehen ruht.

Wenn man in Frankreich die Aufrechterhaltung unserer jungen demokratisch-republikanischen Staatswesens wünscht und die Rückkehr der Monarchie verhüten will, dann darf man uns nicht unsere Einwohnerwehren nehmen. Sie sind das Bollwerk für ganz Deutschland. Die bayerische Einwohnerwehrfrage ist eine deutsche Frage und deshalb nimmt sich die deutsche Regierung der bayerischen Einwohnerwehren an. Wer Bayern seine Einwohnerwehr nimmt, der nimmt Deutschland seinen letzten und stärksten Schutz gegen die bolschewistische Gefahr. Wenn Bayern für seine Einwohnerwehr kämpft, kämpft es für das deutsche Vaterland, nicht für eine Eigenbrödelei.

Kommunistenverhaftungen in der Tschechei.

)(**Prag.** Dem „Ceske Slovo" zufolge sind bei den Gerichten bisher ungefähr 1000 Kommunisten eingeliefert worden. Wie das Blatt gleichzeitig erfährt, dürften die Gerichte auch die Auslieferung einiger kommunistischen Parlamentarier verlangen.

Die Niederlage d'Annunzios.

* **Rom.** Die Legionäre d'Annunzios in Zara haben nach mehrtägiger Belagerung und nach Ablauf des Ultimatums am Sonntag die Waffen niedergelegt und sich ergeben.

Die Kämpfe um Fiume.

)(**Rom.** Die Zeitungen melden: Eine Gruppe von Legionären aus Fiume erklärte, sich ergeben zu wollen. Als darauf eine Kompagnie Alpenjäger abrückte, fiel sie in einen Hinterhalt und wurde gefangen genommen. Die Alpenjäger verteidigten sich kräftig; mehrere wurden verwundet. Die Bevölkerung der von regulären Truppen besetzten Orte begrüßte die Soldaten als Befreier. Der Torpedobootszerstörer „Espero" ist in Brand geraten. Aufruhrversuche der Bürger von Fiume werden blutig unterdrückt.

6000 Opfer eines Erdbebens.

)(**Paris.** Nach einer „Radio-Meldung" aus Buenos-Aires soll das Erdbeben in Mendoza 6000 Opfer gefordert haben. Der Sachschaden wird auf 50 Millionen geschätzt.

Vermischtes.

28 Millionen Kronen im Bakkarat verspielt. Im „Berl. Tagebl." lesen wir: In Wien erregt die Verhaftung des ehemaligen Obergespans Julius von Szemiszö großes Aufsehen. Im zweiten Bezirk in Wien wohnte Herr v. Szemiszö in einem ehemaligen Tattersall, den er sich prächtig zu einem Wohnpalast hat umbauen lassen. Auch seine sieben Pferde haben es hier nicht schlecht. Sie wohnen zwischen Spiegelglaswänden und hatten auf kostbaren Perserteppichen. In einer geräumigen Garage stehen die sechs Automobile des sonderbaren Herrn und daneben in einem Stall seine beiden Milchkühe. v. Szemiszö ist ein äußerst ängstlicher Herr. Neben seinem Bett liegen nachts stets 1. ein geladenes Jagdgewehr, 2. eine Revolverpistole, 3. ein Dolchmesser, 4. ein Schlagring. Neben seinem Nachtlager hatte er stets noch ein Alarmwerk angebracht, das mit fünf in verschiedenen Teilen des Hauses befindlichen Signalglocken in Verbindung stand. In seiner Wohnung empfing der vorsichtige Herr v. Szemiszö täglich große Gesellschaften, schöne Frauen — und besonders gern gab er Spielabende. Er ist nämlich ein leidenschaftlicher Hazardspieler. Und das veranlaßte wohl auch hauptsächlich seine Verhaftung. Bei einer Haussuchung, die die Polizei unternahm, machte man interessante Wahrnehmungen. So fand man in seiner fürstlichen Garderobe, die so umfangreich ist, daß man mehrere Modewarengeschäfte daraus einrichten könnte, auch 80 Dutzend Handschuhe. Er trug nämlich nicht nur am Tage Handschuhe, sondern pflegte auch nachts in Handschuhen zu schlafen. Nicht minder interessant ist aber ein Fund, den man in einem mächtigen Bücherschrank machte. Man fand dort wohl nur wenige Bücher, um so mehr aber Spielkarten in allen Größen und in allen Formalen. Szemiszö gab nun auch in einem Verhör zu, daß in seiner Villa Nacht für Nacht um große Summen gespielt würde und daß er dabei kürzlich in einer Nacht 8 Millionen Kronen gewonnen habe. Er verschwieg dabei allerdings, daß er und sein Bruder kurz zuvor nächtlich in einer Bakkaratpartie einem reichen Wiener Industriellen 28 Millionen Kronen abgenommen hatten. Dies ist wohl der eigentliche Grund seiner Verhaftung.

Das Erdbeben in China und Japan. Aus Schanghai wird gemeldet, daß das große Erdbeben, das am 16. Dezember verzeichnet wurde, auch in der Provinz Kansu aufgetreten ist, daß ist an der Grenze des Gebietes der großen Hungersnot. Pingliang und andere Städte sind zerstört worden. Die Zahl der Toten wird auf mindestens 2000 geschätzt. Gleichzeitig wird aus Tokio gemeldet, daß am vorhergehenden Tage ein gewaltiger Ausbruch des Asjama erfolgte. Das Erdbeben ist gleichzeitig in Argentinien, China und Japan aufgetreten.

Kunst und Wissenschaft.

Der Kunstmaler Professor Paul Andorff und seine Frau haben sich, wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, am 1. Weihnachtsfeiertage mit Gas vergiftet.

Rücktrittsabsichten des Dresdner Opern-Direktors Scheidemantel. Der Telunion-Sachsendienst erfährt von wohlunterrichteter Seite: Die Dresdner Generalmusikdirektorfrage scheint in ein neues bedeutungsvolles Stadium zu treten. Die musikalische Kapelle, die bekanntlich eine in sich fest geschlossene Körperschaft ist, hat nicht nur einstimmig beschlossen, den Stuttgarter Generalmusikdirektor Fritz Busch für die Leitung der Sinfonie-Konzerte der Reihe A in der nächsten Konzertzeit zu verpflichten, sondern ebenso einstimmig den Wunsch geäußert, daß Busch in die leitende Stellung nach Dresden berufen werde. Diese wird aber voraussichtlich wesentlich erweitert werden, da der Operndirektor Scheidemantel sich bereits seit längerer Zeit mit Rücktrittsgedanken trägt und seine gesamten Befugnisse auf den künftigen Generalmusikdirektor übergehen würden. Dieser würde dann etwa eine Stellung einnehmen, wie früher die Leiter der Wiener Oper (Jahn, Mahler, Weingartner), die Operndirektoren und erste Kapellmeister zugleich waren. Eine solche Vereinigung aller Befugnisse in der Hand eines genialen Musikers, wie es Fritz Busch zweifellos ist, böten Gewähr für eine einheitliche zielbewußte Leitung, deren eine große Bühne gerade in den heutigen Zeiten dringend bedarf. Mit dem Ausscheiden des Kapellmeisters Reiner, der übrigens vor geraumer Zeit nach Stuttgart zu gehen Neigung zeigte, muß allerdings gerechnet werden. Dagegen ist zu hoffen, daß Kapellmeister Kutzschbach, der seit vielen Jahren mit der Dresdner Oper verwachsen ist, auch unter den veränderten Verhältnissen dem Institut erhalten bleiben wird. Fritz Busch hat übrigens bereits erklärt, daß er einer Berufung, die natürlich von Staats wegen erfolgen müßte, Folge leisten werde.

Streik der Musiker an den Berliner Operettenbühnen. Am ersten Weihnachtsfeiertage sind in den Berliner Operettenbühnen die Musiker in den Streik getreten. Die Vorstellungen wurden trotzdem abgehalten; die Sänger wurden von den Kapellmeistern am Klavier begleitet.

Sport.

Fußball. Am 2. Feiertag erzielte R.S.C. 10 folgende Ergebnisse: R.S.C. 10 1. komb. gegen Großenhainer Sportklub 97 1. 0:6. Halbzeit 0:0. R.S.C. 10 2. komb. gegen Lichtenfee V.f.B. 1. 0:2. R.S.C. 10 1. Jugend spielte in Leipzig gegen Helios 1. Jugend und konnte nach scharfem Kampfe den Sieg mit 1:0 für die Farben des R.S.C. 10 an sich bringen. Ein wertvolles Diplom bildet für die Jugend die Erinnerung.

SLUB
Wir führen Wissen.

Neuweida neben Café Edelweiß 5 Min. vom Bahnhof Riesa — große Kaninchen-Ausstellung — vom 1. bis 3. Januar 1921

verbunden mit **Prämilerung,** veranstaltet vom **Kaninchenzüchterverein Weida u. Umg.** Ein Besuch ist für alle Interessenten sehr lohnend, da außergewöhnlich zahlreich beschickt mit Tieren u. Produkten (Pelzsachen, Felle, Leder). Tägl. von früh 9 bis abends 8 Uhr geöffnet.

Verloren

wurde Montag abd. ½8 Uhr in Gohlis v. Bäckerei Thomas bis z. Gasthof ein schwarzer Pelzkragen (Persianer). Der ehrliche Finder erhält hohe Belohnung. Bitte abzugeben **Gohlis Nr. 11.**

Silb. Brosche verloren

am 1. Feiertag. Gegen hohe Belohnung abzugeben im Riesaer Tageblatt.

Braun. Pelzkragen

v. Niederlagstr., Durchgang, bis Höpfner verloren. Bitte gegen Belohnung abzugeben **Niederlagstr. 15, 2.**

Ein großer schwarzbrauner Jagdhund, weiße Brust, zugelaufen. Gegen Futterkosten abzuholen **Klein-Ischeya Nr. 29.**

Einfach möbl. Zimmer ab 1. 1. 1921 zu vermieten. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

15—18000 Mk.

sind sofort auf gute Hypothek **auszuleihen.** Offerten unter G S 6268 an das Tabl. Riesa.

2000 Mark

auf 6% bis 1. April bei sicherer Abzahlung **zu leihen gesucht.** Offerten unter G Q 6266 an das Tabl. Riesa erbeten.

Neujahrswunsch.

Witwer, Anf. 40, mit 2 Kind., 9 u. 12 Jahre, wünscht sich mit ält. Fräulein od. jg. Witwe **wieder zu verheiraten.** Werte Offerten mit Bild erb. unter G P 6225 an das Tabl. Riesa.

Junge Dame

21 Jhr. alt, gutmütig, kunst-, musik- und naturliebend, **sehnt sich nach ein. edeldenk. ja. Freund** zwecks spät. Heirat. Off., mögl. m. Bild (Rücksendg. Ehrensache) u. G T 6269a an das Tabl. Riesa erb.

Wirtschafterin

39 Jahre alt, schon immer in selbständiger Stellung gewesen, 21000 Mk. Vermögen, **sucht Stellg.** als selbständige Wirtschafterin auf mittlerem Gut. Offerten unt. S W 365 Postamt Leisnig.

Magdgesuch.

Suche für 2. Januar ein ordentl. Mädchen als **Groß-Magd** im Alter von 19 bis 22 Jhr., das gut melken kann. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Gesucht Mägde

aller Branchen in gute Stellung. **Mietfrau Dommitzsch, Leuben** bei Riesa.

Saub. Aufwartung

für vormittags gesucht. **Johanna Schmeiske,** Hauptstraße 3.

Fräulein, in der Damenschneiderei gut bewandert, **sucht Beschäftigung in der Schneiderei oder Geschäft.** Offerten unt. G T 23058 an das Tgbl. in Großenhain, Sa. erb.

2 Böttcherlehrlinge

sucht **Böttcherei Klose** Neu-Weida.

Laufjunge

zuverlässig, ca. 12 Jahre alt, **gesucht.** Zu melden **Korbmöbel-Zentrale,** Ecke Haupt- und Schulstraße.

Kräftiger, zuverlässig. Junge, etwa 12—13 Jahre alt, als

Bote gesucht.

Wilhelm Jäger, Parkstr. 8.

Junger, zuverlässiger **Bäckergehilfe** sucht Stellung. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Waldschlößchen Röderau.

Sonntag, den 2. Januar

Grosses Extrakonzert.

Röderau.

Donnerstag abend punkt 7 Uhr **Wiederholung der Weihnachtsaufführung** — im Waldschlößchen. —

Für die Ehrungen an unserer Silberhochzeit **danken wir allen herzlich.**

Riesa, am 26. Dezember 1920.

Karl Heinrich und Frau.

Für die uns anläßlich unserer Silberhochzeit in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche, Geschenke und Aufmerksamkeiten **danken aufs herzlichste.**

Zeithain, Weihnachten 1920.

Rangiermeister **Gustav Schmidt und Frau** Selma geb. Grünberg.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir allen unsern **herzlichen Dank.**

Neu-Weida, Weihnachten 1920.

Paul Werrmann u. Frau Martha geb. Mann.

Donnerstag, den 30. Dezember 1920

werden in dem Forstrevier **Maiten b. Stauchitz** zirka 500 Fichtenstangen 1. bis 3. Kl. und ein Posten Laubholz-Nutzhölzer, für Stellmacher geeignet, nur gegen Barzahlung verkauft. Zusammenkunft früh 9 Uhr in der Hage.

Die Forstverwaltung Maiten, Post Stauchitz.

Schicht-Nutzholz!

Zirka 100 rm Kiefer, 12 „ Erle, 2 m lange Stammware, 12—25 cm stark verkauft in großen Posten und nimmt Bewerbungen entgegen **Forstverwaltung Zabeltitz b. Großenhain.**

Glückwunsch-Anzeigen

für Neujahr

die in der Jahresschluß- (Freitag-) Nummer des Riesaer Tageblattes erscheinen sollen, können **schon jetzt** bestellt werden. — Von alljährlich wiederkehrenden Gratulanten genügt die Bestellung: „Wie gehabt!"

Für **sämtliche Ankündigungen** ist das Riesaer Tageblatt infolge weitester Verbreitung bestens geeignet. — Anzeigen für das **abends** erscheinende Riesaer Tageblatt sind **möglichst schon tags zuvor,** spätestens aber bis 8 Uhr vormittags abzugeben in der

Geschäftsstelle des Riesaer Tageblattes

Riesa, Goethestr. 59. — Fernsprecher Nr. 20.

Hotel oder Gasthof (Gegend gleich) oder ein **Grundstück** für Einrichtung eines Geschäfts pass., **zu kaufen ges.** Leiste jede Anzahlg. Agenten verb. Angeb. m. Preis und Beschreibung erbeten an: **Max Walter, Potsdam,** Berliner Str. 7/8.

1 Paar mittlere **Arbeitspferde** Rappe, Wallach, 7 jährig, braune Stute, 5 jähr., preisw. **zu verkaufen.** Zu erfragen im Tageblatt Riesa.

Junger Zuchtgänserich abzugeben **Pochra Nr. 9.**

Hund deutscher Pinscher, zu verkaufen **Gasenschänke Gröba.**

Zwei junge starke **Zug- und Leinenkühe** preiswert zu verkaufen bei **Emil Ehnhardt,** Bahnhof Wülknitz.

Eleg. Promenadenwagen zu verk. **Goethestr. 2, p. l.**

Engl. Airedal (Hund), 10 Wochen alt, **zu verkaufen.** Zu erfragen im Tageblatt Riesa.

Ein Paar Damenstiefel Größe 40, preiswert zu verkaufen **Kalbitz Nr. 7b.**

Ein noch sehr guterhaltener **dunkler Konfirmanden-Anzug** preiswert zu verkaufen **Nünchritz Nr. 38.**

Damenfahrrad zu kaufen gesucht. Angaben von Marke, Alter, Preis und Beschaffenheit erbeten unter G R 6267 an das Tabl. Riesa.

Gebr. Kleiderschrank zu verkaufen Mittwoch und Donnerstag von 2—6 Uhr **Carolastr. 10, 3.**

Gebr. Kochherde darunter 1 großer, 170×90, billig zu verkaufen. **Otto Schumann,** Schulstr. 11.

Motorrad g. Läufer, N. S. U., 3 PS, zu **verkaufen.** Standort Dresden. Zu erfragen bei **Fritz Heinze, Oberlommatzsch.**

Vereinsnachrichten

Esperanto. Weihnachtsfeier am 3. Jan. 1921 Hotel Höpfner, Vereinszimmer, abends ½8 Uhr. Teilnehmerliste liegt Schillerstr. 7, 1. aus. Anmeld. bis spätestens 31. d. M.

Allgem. Turnverein Riesa. Am 31. 12. 7 Uhr Silvesterfeier im „Kronprinz". Geschenk zur Lotterie mitbringen. 7. 1. 21 Turnratssitzung. 8. 1. Spielerversammlung „Gambrinus". 9. 1. nachm. 3 Uhr Hauptversammlung „Kronprinz". 23. 1. Kostümfest „Höpfner". Einladungsliste in der Turnhalle.

Verein Erholung

fr. Chorgesang-Verein v. 1878.

Wintervergnügen morgen Mittwoch Wettiner — — Hof. Anfang pünktlich 6½ Uhr. — —

Riesaer Sportklub 1910.

Zu unserem am 1. Januar (Neujahr) **nachm. 4 Uhr** im **Gasthof Mergendorf** stattfindenden

Neujahrs-Vergnügen

unter gütiger Mitwirkung des **Doppel-Quartetts** der Gesangsabteilung des Leipziger Fußball-Clubs „Helios", werden unsere werten Mitglieder nebst lieben Angehörigen sowie durch Mitglieder eingeführte Gäste herzlich eingeladen.

Der Festausschuß.

Else Gruhle :: ::
Richard Streubel

danken zugleich im Namen ihrer Eltern herzlichst für die anläßlich ihrer Verlobung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke. —

Riesa, 28. 12. 1920.

Statt Karten.

Ihre Verlobung beehren sich im Namen ihrer Eltern ergebenst anzuzeigen:

Frieda Mietzsch
Max Salzmann

Weihnachten 1920

Riesa/Oberwiesenthal. Riesa.

Ihre Vermählung geben bekannt

Carl Conrad und Frau

Ella geb. Rettig

Riesa, Weihnachten 1920.

Ihre in Dresden vollzogene Vermählung zeigen an

Franz Schier, Ingenieur
Therese Schier geb. Burkhardt

Riesa, 28. Dezember 1920.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Anteilnahme beim Tode unserer lieben Mutter, Frau

Amalie Raack

geb. Grahl

sagen wir allen **herzlichen Dank.**

Röderau, 27. 12. 1920.

Carl Maus und Familie.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.

Am Montag nachmittag 4¾ Uhr verschied sanft u. ruhig nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe treusorgende Gattin, unsere liebe Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Großmutter, Frau

Emilie Auguste Obenaus

geb. Kretzschmar

im 54. Lebensjahr. In tiefster Trauer

Ernst Obenaus u. Kinder nebst Angehörigen.

Riesa, Bismarckstr. 26, 28. Dez. 1920.

Die Beerdigung findet Freitag 2 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Wir kaufen

Alteisen, Altmetalle, gebr. und defekte Maschinen aller Art zu höchsten Preisen. **Klessling, Matula & Co. Riesa** Bahnhofstraße 19. Fernsprecher 427.

Brennholz

trockene kernige Rollen empfiehlt **Döllscher,** am Schlachthof.

Altes, gesundes **Bauholz** zu verk. Mergendorf Nr. 21.

Fichten-Ballenpflanzen

zu kaufen gesucht **Försterei Glaubitz** bei Langenberg i. Sa.

Metallbetten, Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an Jedermann. Katal. frei. **Eisenmöbelfabrik,** Subl i. Thür.

* **Gänsefedern-Verkauf!**

Prima weiße geschlissene u. ungeschlissen. **Gänsefedern** i. altbekannt. Qualität verkft. **Albert Haberecht, Bobersen.** Telefon Riesa 516.

Fette Kieler Sprotten im einzelnen und kistenweise, **ff. Lachsheringe, marinierte Heringe** empfiehlt billigst **Paul Schautschik,** Wettinerstr. 5, neb. Wett. Hof.

Morgen Mittwoch früh **frische Seefische.** **Clemens Bürger.**

Paul Richter Gröba

Fernruf Riesa 203 empfiehlt als Spezialität und besonders billig **Süßweine** Malaga — Muskateller Terragona **Bordeaux-Weine Burgunder-Weine** und diverse Weißweine **Cognac, Rum, Arrak** Kaffee, Kakao, Tee und **Neujahrskarten** in großer Auswahl.

Punsch-Essenzen

Rum-Verschnitt preiswert zu haben bei **Wilh. Moritz Berg** Bahnhofstr. 13.

Rotwein-Punsch je ½ Fl. M. 45.—
Silvester-Glöckchen je ½ Fl. M. 40.—
Schlummer-Punsch je ½ Fl. M. 35.—
mit Kaffinade eingekocht, sowie **alkoholfreien Punsch** empfiehlt **G. Gramatke, Elsterwerda.**

ff. alten Jamaika-Rum empfiehlt **Richard Liebscher** Elbstraße 2.

Linda Jahn
Kurt Zschietzschmann
Verlobte.
— Wülknitz —
Weihnachten 1920.

Die heutige Nr. umfaßt 4 Seiten.